

Antrag

Fraktion der CDU
Fraktion der FDP

Hannover, den 02.09.2011

Bürger umfassend informieren und aufklären - durch Energiebildung die Energiewende erfolgreich meistern

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Deutschland steht aktuell vor der großen Herausforderung, die künftige Energieversorgung grundlegend umzugestalten und in das Zeitalter der erneuerbaren Energien zu führen. Die erneuerbaren Energien und in diesem Zusammenhang die Energienetze und Energiespeicher müssen ausgebaut werden. Gleichzeitig sind in den Bereichen Energieeffizienz und -einsparung sowie auch Forschung und Entwicklung erhebliche Fortschritte erforderlich.

Für die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen ist der Übergang in das regenerative Zeitalter nicht zuletzt wegen der geografischen Lage des Landes mit vielen offenen Fragen verbunden. Wie groß sind die finanziellen Belastungen? Wo werden neue Erzeugungsanlagen, Netze und Speicher gebaut? Warum sind die verschiedenen Maßnahmen erforderlich, und was genau bedeutet die Energiewende für das tägliche Leben?

Das Fehlen klarer Antworten führt oftmals zu Unsicherheit und Bedenken. Hier ist die Politik gefordert, Bürgerinnen und Bürger umfangreich über die Energiewende und die damit verbundenen Maßnahmen zu informieren und aufzuklären und sie auf dem Weg in das Zeitalter regenerativer Energien nicht alleine zu lassen.

Die Information und Aufklärung der Menschen kann vor allem über eine Stärkung der Energiebildung erreicht werden. Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung,

1. zu prüfen, wie das Thema Energie im Unterricht der allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen derzeit berücksichtigt wird.
2. zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, entsprechende Inhalte im Fächerkanon stärker zu verankern und dabei zu berücksichtigen, dass die Energiebildung ein wichtiges Handlungsfeld im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist. Das Grundprinzip der BNE, jungen Menschen beizubringen, Sachverhalte zu bewerten und ihr eigenes Handeln zukünftig zu verändern, sollte im Unterricht angewandt werden.
3. zu prüfen, wie die dafür erforderliche Lehrkräftequalifizierung sichergestellt werden kann.
4. bei der Prüfung der Berücksichtigung des Themas Energie im allgemeinbildenden Schulsystem bereits vorliegende wissenschaftliche Erkenntnisse zur Energiebildung (z. B. des Instituts für Ökonomische Bildung in Oldenburg) einzubeziehen.
5. zu untersuchen, wie bereits vorhandene viel versprechende Ansätze zur Energiebildung im schulnahen und Hochschul-Bereich (z. B. Kooperationsprojekte von Wissenschaft, Schule und Wirtschaft wie der Energieparcours-Nordwest des Projekts „Bildung für eine nachhaltige Energieversorgung und -nutzung“ der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg) weiter vorangetrieben und gefördert werden können.
6. zu prüfen, wie Bildungsinitiativen zu verwandten Themen (wie z. B. die „Regionalen Umweltbildungszentren, RUZ“) auf den Energiebereich ausgeweitet werden können.

7. gemeinsam mit Bildungsträgern im Bereich der Erwachsenenbildung (z. B. den Volkshochschulen) und den Spitzenorganisationen von Industrie und Handwerk zu erörtern, welche Möglichkeiten es zur stärkeren Integration des Themas Energie in deren Aus- und Weiterbildungsprogrammen gibt.
8. eine jährliche Preisverleihung für erfolgreiche Bildungsprojekte (Beste Praxis) im Energiebereich vorzusehen und so die Entwicklung von innovativen Bildungsprojekten zum Thema Energie zu fördern und vorbildliche Ansätze einer größeren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Begründung

Das Thema Energie bzw. Energiewende wird für den Alltag der Menschen langfristig eine große Bedeutung haben. Die Politik steht in der Pflicht, den Bürgerinnen und Bürgern diesen grundlegenden Prozess mit seinen technischen, ökonomischen und ökologischen Facetten klar und verständlich zu erklären und zu vermitteln. Auch wenn punktuelle Kampagnen richtig und wichtig sind, wird eine breitenwirksame Energiebildung (z. B. in Schulen, Hochschulen sowie durch kooperative Projekte und Spitzenverbände, etc.) dem Informationsbedürfnis der Menschen nachhaltiger und besser gerecht. Es ist daher zu prüfen, wie die bisherigen Erfolge auf den verschiedenen Gebieten weitergeführt und ausgebaut werden können.

Für die Fraktion der CDU

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer